



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Umfassendes Risikomanagement

Der Ansatz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Umgang
mit Katastrophen- und Klimarisiken

BMZ fundiert

bmz.de



Inhalt

KATASTROPHEN UND KLIMAWANDEL:
RISIKEN FÜR DIE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG 4

UMFASSENDES RISIKOMANAGEMENT IM VERSTÄNDNIS
DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT 8

BEISPIELE AUS PARTNERLÄNDERN 18



Katastrophen und Klimawandel: Risiken für die nachhaltige Entwicklung



RELEVANZ VON KATASTROPHEN- UND KLIMARISIKEN

Überall auf der Welt sind Menschen, Ökosysteme und Infrastrukturen zunehmend Risiken durch Katastrophen ausgesetzt. Diese werden vor allem durch Extremwetterereignisse (wie z. B. Starkregen, Überschwemmungen oder Dürren), geophysikalische Ereignisse (u. a. Erdbeben, Vulkanausbrüche oder Tsunamis) sowie schleichende Veränderungen (langfristiger Anstieg des Meeresspiegels, Versauerung der Ozeane oder die Degradierung von Böden) ausgelöst.

In den vergangenen 30 Jahren waren über 70 % der gesamtwirtschaftlichen Verluste von Katastrophen allein auf wetterbedingte Ereignisse zurückzuführen. Im Jahr 2017 verursachten Naturkatastrophen Gesamtschäden von 340 Milliarden US-Dollar – die zweithöchste Schadenssumme überhaupt¹. In Folge solcher Extremereignisse wurden in den letzten zwei Jahrzehnten 4.4 Milliarden Menschen verletzt, obdachlos, vertrieben oder benötigten Nothilfe. Jedes Jahr werden 26 Millionen Menschen in die Armut gedrängt; rund 70.000 Menschen werden von Extremereignissen getötet².

Schwere Überschwemmungen und Stürme, aber auch Waldbrände und Dürren treten bereits heute immer häufiger auf und fordern hohe wirtschaftliche Schäden und Menschenleben. Dabei bedingen sich Faktoren wie der Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Umweltzerstö-

rung oder die Ausbreitung von Siedlungs-, Industrie- und Agrarflächen in Risikogebiete gegenseitig. Gerade Staaten, die von Konflikt, Fragilität und Gewalt betroffen sind, haben oftmals keine Kapazitäten ihre Bevölkerung vor Katastrophen zu schützen. Menschen und Infrastruktur werden infolgedessen vulnerabler und exponierter gegenüber Katastrophen.

Entwicklungsländer – allen voran die ärmsten Entwicklungsländer und kleinen Inselstaaten – sind besonders anfällig. Zum einen wird vorausgesagt, dass der Klimawandel hier besonders intensiv seine Wirkung zeigen wird. Zum anderen mangelt es diesen Ländern bereits heute an Anpassungs-, Vorsorge-, und Bewältigungskapazitäten. Das gefährdet Menschenleben und stellt ein hohes Risiko für wirtschaftliche Schäden dar. Resilienz wird untergraben und Entwicklungserfolge können zunichtegemacht werden.

Vor diesem Hintergrund wird klar: Nur durch das Verständnis von und den klugen Umgang mit den diversen Risiken kann nachhaltige Entwicklung erreicht und dauerhaft gesichert werden.

- 1 Munich Re (2018): Ein Jahr der Stürme. TOPICS Geo Naturkatastrophen 2017. https://www.munichre.com/content/dam/assets/munichre/content-pieces/documents/pdf/302-09091_de.pdf
- 2 CRED & UNISDR (2018): Economic Losses, Poverty & Disasters 1998–2017. https://www.unisdr.org/files/61119_credeconomiclosses.pdf

KATASTROPHENRISIKOMANAGEMENT IN FRAGILEN KONTEXTEN



Katastrophen sind nicht natürlich und auch nicht konfliktneutral. Zyklon Nargis in Myanmar (2008), das Erdbeben in Haiti (2010) oder die Vertreibung der Rohingya-Flüchtlinge in monsungefährdete Gebiete in Bangladesch sind Beispiele für Katastrophen, die auf einen fragilen Kontext treffen. 58 % der durch Naturkatastrophen tödlich verunglückten Menschen lebten in einem der 30 fragilsten Staaten der Welt. Es sind nicht nur natürliche Extremereignisse, die eine Katastrophe auslösen, sondern auch das Zusammenspiel von sozioökonomischen und politischen Risikofaktoren, wie eine hohe Verwundbarkeit infolge von geringer Anpassungsfähigkeit und mangelnden Bewältigungskapazitäten.

In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit stehen die am meisten verwundbaren Menschen im Fokus bei den Bemühungen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele. Dem wird auch durch das international anerkannte Prinzip „leave no one behind“ Rechnung getragen – ein Kernelement der SDGs. Vor diesem Hintergrund muss Katastrophenrisikomanagement im fragilen Kontext besonders berücksichtigt werden.

Der Anteil der ärmsten Menschen, die in fragilen Kontexten leben hat sich von 1990 bis 2012 auf 41 % verdoppelt³.

Das BMZ nimmt eine Vorreiterrolle ein, um den Nexus von Naturkatastrophen und Konflikten mit Strategien und Ansätzen aktiv mitzugestalten. Es gilt, vorbeugende Maßnahmen in mittel- bis langfristige Planungsprozesse zu integrieren und die konkrete Vorbereitung auf den Katastrophenfall konfliktensibel und friedensfördernd zu gestalten. Dafür setzt das BMZ auch auf starke internationale Partner und arbeitet sowohl mit multilateralen Akteuren wie GFDRR und UNDRR, als auch mit zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Organisationen wie GNDR und ODI zusammen.

- 3 Shepherd et al. (2017): Trends in poverty and inequality and further clustering of developing countries: Challenges and opportunities for development policy. Luxembourg: European Union



Im Jahr 2015 wurden unter aktiver Beteiligung der deutschen Bundesregierung vier internationale Abkommen beschlossen, die den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung weisen. Der Erfolg jedes einzelnen Regelwerks hängt entscheidend von der erfolgreichen Umsetzung aller anderen ab. Deshalb streben die Vereinten Nationen auf internationaler Ebene eine kohärente Umsetzung und bessere Verzahnung der Themen an. So sollen möglichst viele potenzielle Risiken in der Entwicklungsplanung berücksichtigt und Risikofaktoren langfristig reduziert werden.



INTERNATIONALE AGENDEN

AGENDA 2030 / ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, welche im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde, drückt die internationale Staatengemeinschaft ihre Überzeugung aus, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Die Agenda umfasst 17 ambitionierte Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDGs*). Durch einen kohärenten Ansatz in der Agenda 2030 sollen erstmals alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Umwelt, Wirtschaft – gleichermaßen berücksichtigt werden. Es geht um einen globalen und gesellschaftlichen Wandel, um innerhalb einer Generation extreme Armut und Hunger zu beseitigen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und Globalisierung gerecht zu gestalten. Hierzu bedarf es einer Umgestaltung unserer Wirtschaftssysteme hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft, welche ressourcenschonend und gemeinwohlorientiert produziert und konsumiert. Mit dem Leitprinzip „*Leave no one behind*“ soll sichergestellt werden, dass auf dem Weg hin zu nachhaltiger Entwicklung niemand zurückgelassen wird.

SENDAI RAHMENWERK ZUR REDUZIERUNG VON KATASTROPHENRISIKEN 2015 – 2030

Hauptziel des Sendai Rahmenwerks, verabschiedet in 2015, ist die signifikante Reduzierung von Katastrophenrisiken sowie eine Förderung der Vorbereitung auf den Katastrophenfall, um die Resilienz von Gesellschaften zu stärken. Erreicht werden soll dieses Ziel durch vier Aktionsbereiche:

1. Ein besseres Verständnis von Katastrophenrisiken,
2. Stärkung von lokalen, nationalen und internationalen Verfahren zum Umgang mit Katastrophenrisiken (*disaster risk governance*),
3. Investitionen in die Reduzierung von Katastrophenrisiken, und
4. Verbesserung der Vorbereitung auf den Katastrophenfall (*disaster preparedness*), um eine effektive Reaktion auf Katastrophen sowie präventiven Wiederaufbau zu ermöglichen (*Build Back Better*).

Globale Initiative Katastrophenrisikomanagement



Die Globale Initiative Katastrophenrisikomanagement (GIKRM) leistet einen gezielten Beitrag zur kohärenten Umsetzung von Sendai Rahmenwerk, Agenda 2030, Pariser Klimaabkommen und Neuer Urbaner Agenda. Dazu werden ausgewählte internationale und nationale, staatliche und nichtstaatliche Akteure in ihrem Bemühen um kohärente Planung, Umsetzung und Berichterstattung gestärkt. Im Mittelpunkt steht die Förderung praktischer Kohärenz „von unten“: Gute nationale und sub-nationale Beispiele für gelungene Agenda-Kohärenz werden in regionalen Gremien vorgestellt, als regionale Empfehlungen in die großen internationalen Agenda-Konferenzen eingebracht und dort als regionale *Good Practices* bestätigt.

Das Vorhaben arbeitet in den Regionen Lateinamerika / Karibik sowie Asien / Pazifik, und dort in zwei Pilotländern. Mexiko und die Philippinen sind zum einen ausgeprägt vulnerabel und verfügen zum anderen über die notwendigen

institutionellen Kapazitäten und ein anschlussfähiges EZ-Portfolio. Partner auf regionaler Ebene sind insbesondere das lateinamerikanische Netzwerk der nationalen Behörden für öffentliche Investitionen sowie das asiatische Konsultativgremium der obersten Katastrophenschutzbehörden zu Katastrophenrisikomanagement.

Die GIKRM baut dabei auf die sehr guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit nationalen und regionalen Partnerorganisationen in Lateinamerika und Südostasien auf. Die in Phase 1 von deutschen und regionalen Akteuren gemeinsam in Netzwerken entwickelten Beiträge zu einem weltweit verbesserten Katastrophenrisikomanagement wurden vom BMZ mit 16 Millionen Euro gefördert. Die aktuell laufende Phase wird mit 5 Millionen Euro finanziert. Eine weitere Förderung für eine 3. Phase der GIKRM ist geplant, um die Nachhaltigkeit der erzielten Ergebnisse abzusichern.

Das Büro der Vereinten Nationen zur Reduzierung von Katastrophenrisiken (UNDRR) unterstützt und überprüft die Implementierung des Sendai Rahmenwerks und koordiniert internationale Bemühungen bei der Reduzierung von Katastrophenrisiken. Alle zwei Jahre richtet UNDRR mit der Global Platform on Disaster Risk Reduction die größte internationale Konferenz im Katastrophenrisikomanagement aus.

Übereinkommen von Paris

Das Klimaabkommen von Paris wurde im Dezember 2015 verabschiedet und legt die langfristige Vision einer emissionsarmen, klimasicheren und nachhaltigen Entwicklung fest. Es ist das erste universell verbindliche Klimaabkommen mit dem Ziel, die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C bzw. möglichst auf 1,5 °C zu begrenzen und die Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel zu verstärken. Herzstück für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens sind die nationalen Klimabeiträge (*Nationally Determined Contributions, NDCs*). Sie sind der entscheidende „Motor“, um die Ambitionen im Klimaschutz kontinuierlich zu steigern und werden alle fünf Jahre überprüft. Daneben ruft das Pariser Abkommen in Artikel 7.9 dazu auf, nationale Anpassungspläne, z. B. in Form des NAP Prozesses, zu formulieren und umzusetzen, welche oft als operatives Vehikel für die NDC-Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen genutzt werden können. Viele Staaten sind dieser Aufforderung nachgekommen und haben den Prozess initiiert, über den nach dem Pariser Regelbuch nun auch zur Anpassungsberichterstattung beigetragen werden kann (siehe Seite 12).

Das Pariser Abkommen hat zudem ein starkes und wirksames Signal an Investoren gesendet, Finanzflüsse konsistent mit einem Entwicklungspfad für kohlenstoffarme und klimaresiliente Entwicklung zu machen.

Neue Urbane Agenda

Mit der Verabschiedung der Neuen Urbanen Agenda im Oktober 2016 haben sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu bekannt, in ihren Politiken und Maßnahmen Städte stärker einzubeziehen und die Rahmenbedingungen für die Realisierung einer nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung zu verbessern. Dadurch sollen Handlungsfähigkeit, finanzielle Möglichkeiten und Partizipation auf lokaler Ebene gestärkt werden. Übergeordnetes Ziel ist die Umsetzung der Agenda 2030 und des Klimaabkommens von Paris auf lokaler Ebene.



Einzelne Länder müssen die internationalen Agenden auf nationaler und lokaler Ebene kohärent umsetzen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt ihre Partnerländer beim umfassenden Management von Katastrophen- und Klimawandelrisiken. Nur so kann eine effektive und nachhaltige Reduzierung von Risikofaktoren erreicht werden.

A photograph showing two men standing on a damaged concrete wall. The wall is cracked and crumbling, with a large section missing, revealing a deep, eroded trench in the ground below. The man on the right is wearing a blue shirt and dark pants, with his arms crossed. The man on the left is wearing a light blue shirt and shorts. In the background, there are several palm trees and a cloudy sky. A red bench is visible on the left side of the wall.

Umfassendes Risikomanagement im Verständnis der deutschen Entwicklungs- zusammenarbeit

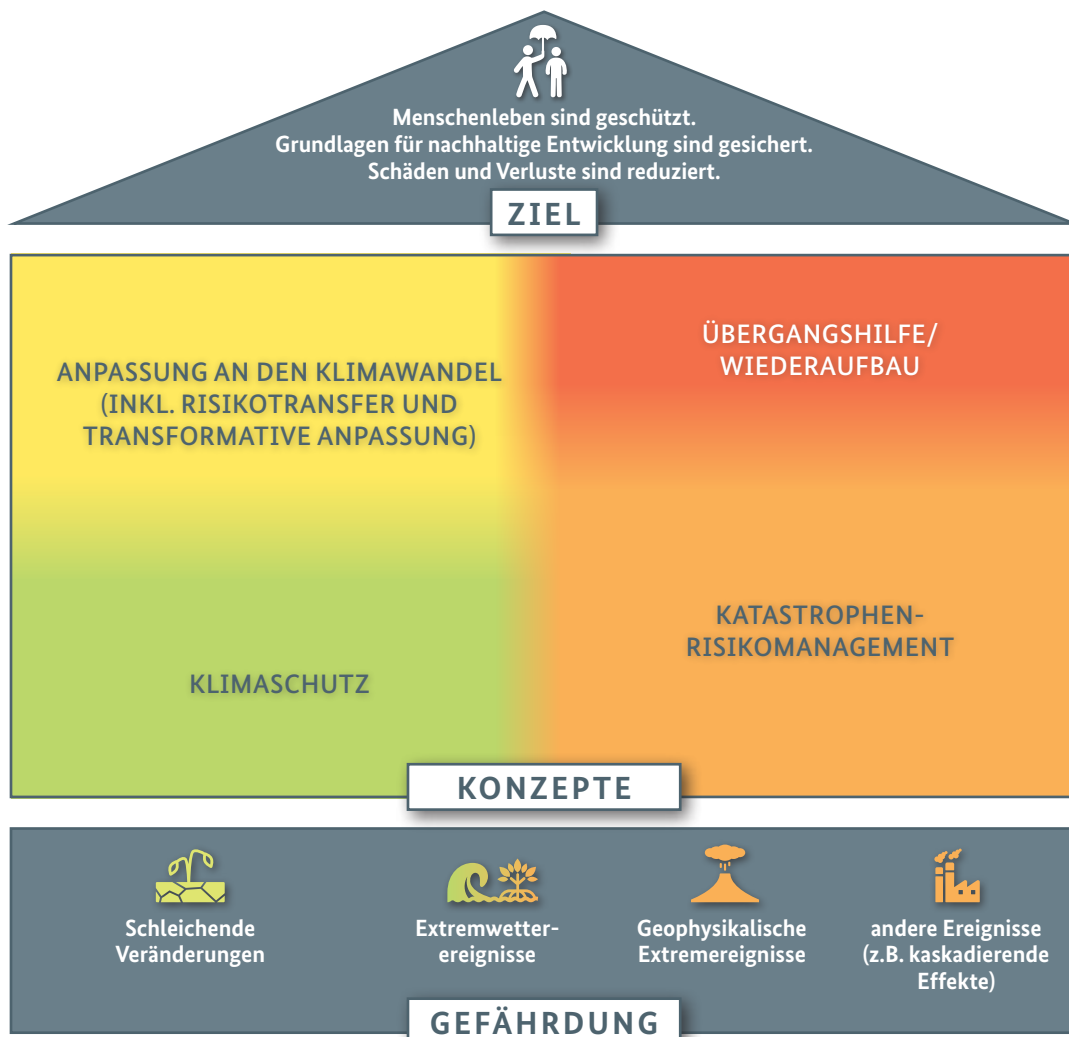
ANSATZ DES UMFASSENDE RISIKOMANAGEMENTS

Mit dem Ansatz eines Umfassenden Risikomanagements unterstützt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Umsetzung der internationalen Agenden für nachhaltige und städtische Entwicklung, Klimaschutz und Klimawandelanpassung sowie Katastrophenrisikomanagement und trägt dazu bei, die Wirksamkeit der BMZ-geförderten Projekte und internationalen Partnerschaften zu steigern.

Durch das Umfassende Risikomanagement werden Bevölkerung, Privatwirtschaft sowie staatliche und nicht-staatliche Akteure dazu befähigt, diverse Risiken in ihre Entscheidungsfindung einzubeziehen und entsprechend vorausschauende Maßnahmen zu ergreifen. Dadurch können Menschenleben geschützt, ökonomische und ökologische Schäden reduziert und Lebensgrundlagen gesichert werden.



Umfassendes Risikomanagement verbindet Strategien und Maßnahmen zur Reduzierung von Katastrophen- und Klimarisiken. Anstelle von separaten Einzelmaßnahmen werden sowohl bewährte als auch innovative Instrumente aus dem Klimaschutz, der Anpassung an den Klimawandel, dem Katastrophenrisikomanagement sowie der sozialen Sicherung zu einem Gesamtansatz kombiniert. Durch die Übergangshilfe wird zudem die Brücke zur Humanitären Hilfe geschlagen, die dem übergeordneten Ziel folgt, Überleben zu sichern. Industrielle Gefahrenlagen und biologische Bedrohungen werden dabei ebenfalls berücksichtigt, wenn diese potenziell mit Extremereignissen zusammenhängen (z. B. Kernschmelze nach einem Tsunami oder Epidemien nach Hochwasser).



KONZEPTIONELLER ANSATZ DES UMFASSENDE RISIKOMANAGEMENTS



BEISPIELE FÜR KONZEPTE UND INSTRUMENTE ZUM UMFASSENDE RISIKOMANAGEMENT

Das Umfassende Risikomanagement basiert auf einer Vielzahl von Konzepten und Instrumenten. Mittels Trainings, prozessbegleitender Beratung und anderen Formaten der Wissensvermittlung werden Fachkräfte dazu befähigt, diese Instrumente strategisch zu kombinieren und professionell anzuwenden. Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung sowie partizipative Methoden sichern zudem einen starken Rückhalt für das Thema in Bevölkerung und Politik.



INSTRUMENTE DES UMFASSENDEN RISIKOMANAGEMENTS

→ STÄRKUNG VON KAPAZITÄTEN

Mittels Trainingsveranstaltungen, prozessbegleitender Beratung und anderen Formaten der Wissensvermittlung werden Fachkräfte dazu befähigt, die Instrumente des Umfassenden Risikomanagements zu einer kohärenten, bedarfsgerechten Strategie zusammenzustellen und diese professionell anzuwenden. Die zu vermittelnden Fähigkeiten variieren je nach Tätigkeitsschwerpunkt und Instrument zwischen technischem Fachwissen bis hin zu Methodenkompetenzen und Prozesswissen, etwa zur systematischen Berücksichtigung von Risiken in der Stadtentwicklungsplanung. Soll Umfassendes Risikomanagement auf der lokalen Ebene umgesetzt werden, müssen die Instrumente an die Zielgruppe angepasst werden. Dazu sind Kompetenzen des gemeindebasierten Risikomanagement-Ansatzes (*community-based risk management*) nötig, die auf partizipativen Methoden aufbauen.

Neben dem Fachwissen von Risikomanagement-Fachkräften ist ein starker Rückhalt für das Thema in Bevölkerung und Politik unabdingbar für ein erfolgreiches Risikomanagement. Aufgrund dessen sollten Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung für die Wichtigkeit des Themas am Anfang jeder Projektaktivität stehen. Dabei kann eine Verknüpfung mit ersten Schritten der Risikoanalyse hilfreich sein.

Ein von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH entwickeltes Training für umfassendes Klimarisikomanagement wurde um Module zum Katastrophenrisikomanagement ergänzt. Das Training zeigt, wie man Anpassungsmaßnahmen und Katastrophenrisikomanagement in Pläne, Gesetzgebung und Strategien verschiedener Ebenen und Partner integrieren kann und dabei Synergien zwischen den verschiedenen Post-2015 Agenden nutzt. Das kombinierte Training dient den Partnern als ein Instrument, um technische Kapazitäten aufzubauen, Kohärenz zu fördern und einen Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren zu initiieren.



NATIONALE ANPASSUNGSPLÄNE (NAP) UND -PROZESSE



NAP-Prozesse sind interministerielle Planungsprozesse auf nationaler Ebene, die alle Sektoren abdecken und koordinieren. Ziel eines NAP-Prozesses ist es, Anpassungsaspekte in die Entwicklungsplanung ebenso wie in öffentlichen Budgetierungsprozessen und Entscheidungsfindung zu integrieren.

Mit dem NAP-Prozess können staatliche Stellen

- 1) Anpassungsmaßnahmen in allen Sektoren identifizieren und priorisieren („informierte Entscheidungsfindung“),
- 2) präventive Maßnahmen ergreifen und
- 3) öffentliche Investitionen den Klimarisiken entsprechend planen.

Die derzeit durch UNDRR entwickelten Supplement NAP Guidelines bieten eine einmalige Möglichkeit, den Ansatz eines Umfassenden Risikomanagements auch über diese international relevanten Prozesse umzusetzen.

Deutschland unterstützt seine Partnerländer seit 2012 bei der Planung und Umsetzung ihrer NAP-Prozesse, entweder direkt durch lang- oder kurzfristige bilaterale Unterstützung oder indirekt über internationale Initiativen, u.a. das NAP Global Network und das NAP Global Support Programme. Im Fokus stehen hier die Förderung von Wissensaustausch, die technische Unterstützung und eine effektive bilaterale Geberkoordination. 91 Länder haben bereits ihren Prozess zur Nationalen Anpassung (NAP) initiiert.

→ RISIKOANALYSEN

Risikoanalysen bilden die Basis für Umfassendes Risikomanagement und ermöglichen so eine vorausschauende und an den lokalen Kontext angepasste Planung. Mithilfe eines partizipativen Prozesses werden Betroffene einbezogen und Entscheidungsträger aus dem öffentlichen und privaten Sektor unterstützt, risiko-informierte Entscheidungen zu treffen und vorausschauend zu planen. Für ein Umfassendes Risikomanagement ist es essentiell, mögliche Gefahrenquellen zu kennen. Risikoanalysen sind daher sehr wichtig und dienen als Grundlage für die Priorisierung von Risikomanagement-Maßnahmen. Besonders im ländlichen Raum stellt sich allerdings häufig die Herausforderung der Verfügbarkeit und Qualität von Daten. Im Rahmen einer Risikoanalyse werden gemäß Datengrundlage relevante Informationen erhoben, modelliert und analysiert. Dies kann durch technische Datenerhebung (etwa geographische Informationssysteme), aber auch durch partizipative Methoden (etwa Schadenskartierung durch Betroffene) geschehen. Dabei werden bestehende und zukünftige Risiken betrachtet.

Risikoanalysen erfassen auch die Eintrittswahrscheinlichkeit und das erwartete Ausmaß von Klimafolgen und Katastrophen. Zudem wird analysiert, welche Faktoren zu Risiken führen und welche Kapazitäten zur Anpassung und Katastrophenbewältigung bestehen. Die anschließende Risikobewertung verdeutlicht Defizite des Risikomanagements und trägt dazu bei, das Risikobewusstsein zu schärfen. Darauf basierend werden verschiedene Möglichkeiten skizziert, wie Risiken verhindert oder minimiert werden können.

→ RISIKO-INFORMIERTE PLANUNG UND INVESTITION

Vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung (Prävention) von Schäden müssen geplant werden. Staatliche Planung auf nationaler oder lokaler Ebene bietet zahlreiche Ansatzpunkte für ein Umfassendes Risikomanagement. Raumordnungs- und Entwicklungspläne, die den Umgang mit Risiken einbeziehen, dienen der langfristigen Weichenstellung für eine risikosensitive Entwicklung. Auch in der jährlichen Haushaltsplanung sollten nur jene Projekte zur Finanzierung vorgeschlagen werden, die Katastrophen- und Klimarisiken berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für Infrastrukturvorhaben, denn diese müssen nicht nur den derzeitigen, sondern auch zukünftigen Gefahren standhalten. Vor allem bei öffentlich finanzierten, kritischen Infrastrukturen wie Krankenhäusern, Energieversorgungsnetzen und Verwaltungsgebäuden sollte die Risikosituation beachtet werden. Auch sollte die Haushaltsplanung jene Investitionsvorhaben priorisieren, die dezidiert zum Klima- und Katastrophenschutz oder zur Anpassung an den Klimawandel beitragen. Nationale Klimabeiträge (*Nationally Determined Contributions, NDCs*), Nationale Anpassungspläne (*National Adaptation Plans, NAPs*), Klimaaktionspläne oder Katastrophenschutzpläne geben wichtige Hinweise, welche Maßnahmen in den jeweiligen Sektoren notwendig sind, um deren Widerstandsfähigkeit zu fördern. So enthalten beispielsweise rund 80% der NDCs Ziele zu Anpassung. Die nationale Anpassungsplanung gilt als zentrales Vehikel, um diese Anpassungsziele zu operationalisieren und umzusetzen.



→ ÖKOSYSTEMBASIERTE MASSNAHMEN

Biologische Vielfalt und Ökosysteme leisten einen wichtigen Beitrag zur Anpassung an Klimaveränderungen. Das Instrument *Eco-Disaster Risk Reduction* bezieht sich auf das nachhaltige Management, den Erhalt bzw. die Wiederherstellung von Ökosystemen, mit dem Ziel, ein Katastrophenrisiko zu verringern und gleichzeitig zu einer nachhaltigen, resilienten Entwicklung beizutragen. Gut gemanagte Ökosysteme wie Feuchtgebiete, Wälder und Küstensysteme fungieren als natürliche Infrastruktur. Sie reduzieren das Katastrophenrisiko und erhöhen die sozio-ökonomische Resilienz insbesondere von vulnerablen Bevölkerungsgruppen. So werden Lebensgrundlagen vor Ort aufrechterhalten und wichtige natürliche Ressourcen wie Baumaterialien, Nahrung und Wasser bereitgestellt.

→ NACHHALTIGES NATURRESSOURCENMANAGEMENT

In der Landwirtschaft tragen insbesondere agrarökologische Praktiken zur Risikoreduzierung durch Erhalt und Stärkung intakter Agrarökosysteme bei. Die Stärkung der Ökosystemfunktion von Böden ist dabei ein zentrales Element zur Resilienzstärkung. Gesunde, gut strukturierte

Böden sind fruchtbarer, weniger anfällig für Wind- und Wassererosion und besitzen eine höhere Wasserspeicherkapazität. Durch effizienten und standortangepassten Einsatz von Wasser, Düngemitteln und Energie können darüber hinaus Ressourcen geschont werden.

Das systematische Management von Wassereinzugsgebieten kann dazu beitragen, Wasserressourcen effektiver zu nutzen und Hochwasserrisiken zu minimieren. Nachhaltige Waldnutzung und die Wiederherstellung von (Wald-)Ökosystemen (einschließlich Mangrovenwäldern) sind entscheidende Möglichkeiten, um Treibhausgase zu speichern bzw. der Atmosphäre wieder zu entziehen. Von zentraler Bedeutung für den Klimaschutz (und auch für den Erhalt der Biodiversität) ist es, die Zerstörung der Tropenwälder und der Moorböden, die im Wesentlichen auf die Erweiterung der Agrarflächen zurückzuführen sind, zu stoppen. Weiterhin kann durch Wiederherstellung von Wäldern und agroforstliche Praktiken die Bodenqualität verbessert, die Erosionsgefahr verringert und der Schutz vor Überflutungen erhöht werden. Nachhaltiges Naturressourcenmanagement in Land- und Forstwirtschaft fördert sowohl nachhaltige Produktivitäts- und Einkommenssteigerung, als auch Klimaanpassung, verbesserte Widerstandsfähigkeit gegenüber Extremwetterereignissen und verringerte Treibhausgasemissionen.

INSURESILIENCE GLOBAL PARTNERSHIP



Um Lebens- und Einkommensgrundlagen zu schützen, wurde auf der Klimakonferenz COP23 in Bonn 2017 die „Globale Partnerschaft für Risikofinanzierung und Versicherungen für Klima- und Katastrophenrisiken“, die InsuResilience Global Partnership, gegründet. Sie wird von Deutschland und Partnern der G20, der V20 (= Vulnerable 20 Group, Gruppe von 49 besonders vulnerablen Entwicklungsländern) sowie von internationalen Organisationen wie UNDP und der Weltbank, der Privatwirtschaft und Partnern aus Zivilgesellschaft und Forschung getragen. Gemeinsam entwickeln und realisieren die Mitglieder der Partnerschaft innovative Finanz- und Versicherungslösungen, damit

besonders armen und vulnerablen Menschen nach Katastrophen wie Dürren, Überschwemmungen und Stürmen schnell Mittel zum Wiederaufbau zur Verfügung stehen. Die Globale Partnerschaft basiert auf der 2015 in Elmau gegründeten G7-Initiative „InsuResilience“, die zum Ziel hat, 400 Millionen arme und verwundbare Menschen bis 2020 gegen Klimarisiken zu versichern. Die Globale Partnerschaft arbeitet außerdem dafür, die Resilienz der Länder insgesamt zu stärken und neue Ansätze für Klimarisikofinanzierung und Versicherungen anzubieten. Seit 2015 wurden für die Umsetzung der InsuResilience-Initiative 700 Millionen US-Dollar bereitgestellt, knapp die Hälfte davon aus Deutschland.

→ RISIKOTRANSFER

Instrumente zum Risikotransfer streuen das Risiko Einzelner und verlagern es auf eine Gemeinschaft. Hierzu gehören verschiedene Instrumente sozialer Sicherung wie beispielsweise Versicherungen, die im Fall eines Extremereignisses schnelle finanzielle Unterstützung leisten. So wird z. B. der Verlust von Vieh, Ernte oder Behausungen durch Versicherungsprogramme abgedeckt. Dadurch wird das Risiko minimiert, dass betroffene Menschen bei Extremereignissen ihre Lebensgrundlage verlieren. Eine weitere Möglichkeit des Risikotransfers stellen Risikofonds dar, die im Notfall Gelder zur Verfügung stellen. Gleichzeitig können soziale Sicherungssysteme finanzielle Risiken systematisch minimieren und dafür sorgen, dass das Restrisiko von einer nationalen, solidarischen Risikogemeinschaft gemeinsam getragen wird, ggf. unterstützt durch die internationale Gemeinschaft.

→ SOZIALE SICHERUNG

Soziale Sicherung garantiert Unterstützung durch:

1. Grundsicherung, wie Geld- oder Sachleistungen, Gutscheine bzw. Subventionen für Nahrungsmittel, Gesundheit oder Lebensunterhalt,
2. beitragsfinanzierte Sozialversicherungen und
3. Arbeitsmarktpolitik bzw. -interventionen (präventive sowie aktive Maßnahmen wie öffentliche Beschäftigungsprogramme).

Diese Maßnahmen zur sozialen Sicherung stabilisieren die Lebensgrundlage von Menschen und Haushalten und helfen, ihre Einkommensquellen zu diversifizieren und sie damit gegenüber Schocks widerstandsfähiger zu machen. Arbeitsmarktmaßnahmen, wie öffentliche

ADAPTIVE SOCIAL PROTECTION PROGRAMME



Durch das Sahel Adaptive Social Protection Programme (ASPP) der Weltbank soll der Zugang zu effektiven sozialen Sicherungssystemen für besonders arme und vulnerable Menschen verbessert werden. Dazu wurde von Großbritannien ein multi-donor trust fund bei der Weltbank eingerichtet, der auch von Frankreich und Deutschland unterstützt wird. Deutschland steuert 50 Millionen Euro bei. Arme und verwundbare Haushalte können mit Hilfe des Programms ihre Resilienz erhöhen, die Auswirkungen des Klimawandels und anderer Schocks reduzieren und neue Einkommensmöglichkeiten generieren. Das ASPP ist fokussiert auf den Auf- und Ausbau von Kapazitäten in den Pilotländern Senegal, Mali, Tschad, Burkina Faso, Niger und Mauretanien.

Beschäftigungsprogramme, können zudem das nachhaltige Management von natürlichen Ressourcen, die klimaresiliente Landwirtschaft und Infrastrukturmaßnahmen fördern sowie beim Wiederaufbau helfen. Soziale Sicherungssysteme bieten zudem eine finanzielle und institutionelle Plattform für frühzeitige Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Katastrophenfall und zur Umsetzung von Notfallplänen, indem beispielsweise bestehende Kanäle für Transferleistungen an Betroffene genutzt werden.



CLIMATE RISK & EARLY WARNING SYSTEMS

➔ Die von Frankreich angestoßene und von Deutschland unterstützte G7-Initiative Climate Risk & Early Warning Systems (CREWS) trägt durch die Etablierung von technischen Voraussetzungen für Multi-Hazard-Frühwarnsysteme zum Schutz von Infrastruktur und Lebensgrundlagen in Entwicklungsländern bei. CREWS fördert die Kommunikation von Frühwarnung und Risikoinformationen für extreme Wetterereignisse. Bis 2020 sollen 100 Millionen US-Dollar mobilisiert werden, um bestehende Lücken in bi- und multilateralen Entwicklungsprogrammen zu füllen. Deutschland hat CREWS 2016 mit 3 Millionen Euro unterstützt. Eine weitere Förderung zur Kooperation zwischen CREWS und InsuResilience ist geplant. Projekte werden in Afrika, im pazifischen Raum und in der Karibik unterstützt. In Asien befinden sie sich momentan in der Vorbereitung.

➔ KATASTROPHENSCHUTZ UND FRÜHWARNSYSTEME

Der Ausbau von effektiven Katastrophenschutzstrukturen dient der Vorbereitung auf den Katastrophenfall. Grundlage dafür sind klare institutionelle Abläufe und Verantwortlichkeiten sowohl für die Logistik von Soforthilfemaßnahmen als auch für die Kommunikation und Entscheidungsfindung. Eine weitere Voraussetzung sind gut ausgebildete Fachkräfte und Ersthelfer*innen. Wichtig ist es, die Planung des Katastrophenschutzes auf das jeweilige Risiko und die Kapazitäten vor Ort abzustimmen und sie in der Realität zu testen. Dabei ist es wichtig, die Bedürfnisse von besonders vulnerablen Gruppen (etwa Frauen, Kinder, behinderte oder gebrechliche Menschen, sprachliche Minderheiten etc.) besonders in den Blick zu nehmen.

Frühwarnsysteme sind ein möglicher Teil des Katastrophenschutzes und der Vorbereitung auf den Katastrophenfall. Sie können gefährdeten Menschen und dem Katastrophenschutz helfen, die Zeit bis zum Eintreffen des Ereignisses für lebensrettende Vorkehrungen zu nutzen, z. B. bei Überschwemmungen, Stürmen oder Tsunamis. Frühwarnsysteme umfassen drei Komponenten: Vorhersage, Warnung und Reaktion. Jede für sich muss effizient gestaltet und mit den anderen Komponenten verknüpft sein.

Ein effektiver Katastrophenschutz zeichnet sich durch eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Behörden und Organisationen auf nationaler und dezentraler Ebene sowie durch den aktiven Einbezug der Bevölkerung, etwa in Simulationsübungen oder in der Kommunikation und Warnung, aus. Erfahrungen zeigen außerdem, dass gender-sensible Systeme besonders hohes Potenzial haben, die Bevölkerung umfassend zu warnen und zu schützen.

BMZ ÜBERGANGSHILFE – SCHNELL, EFFIZIENT, FLEXIBEL



Mit der Übergangshilfe (ÜH) verfügt das BMZ über ein einzigartiges Instrument, um im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen schnell und flexibel vor Ort reagieren zu können. Nachhaltige Ansätze zur Krisenbewältigung können frühzeitig verankert und somit die Abhängigkeit von kurzfristiger Hilfe reduziert werden. Der Fokus richtet sich dabei auf die bessere Verzahnung von eher kurzfristigen Maßnahmen der Humanitären Hilfe und längerfristig ausgelegten Ansätzen der Entwicklungszusammenarbeit. Übergeordnetes Ziel ist es, die Lebensgrundlagen der von

Krisen betroffenen Bevölkerungen zu stabilisieren und langfristig zu verbessern. Gleichzeitig werden lokale Kapazitäten zur Krisenbewältigung und somit die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) von Menschen und Institutionen gegenüber den Auswirkungen und Folgen von Krisen gestärkt. Hierbei wird in den vier Förderbereichen der ÜH – Ernährungssicherung, Wiederaufbau sozialer Basisinfrastruktur, Katastrophenrisikomanagement und (Re-) Integration von Flüchtlingen – auf multisektorale Ansätze gesetzt, die vornehmlich auf der lokalen und/oder regionalen Ebene zum Einsatz kommen.



→ PRÄVENTIVER WIEDERAUFBAU

Im Fall einer Katastrophe stehen zunächst Maßnahmen der unmittelbaren Bewältigung (z. B. Bergung und Versorgung von Verletzten) im Vordergrund, bevor aufbauend auf einer Risikoanalyse der präventive Wiederaufbau gestaltet wird. Dieser berücksichtigt insbesondere in fragilen und von Konflikten betroffenen Ländern die sozioökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Katastrophenpräventiver Wiederaufbau (*Building Back Better*) hat das Ziel, die Lebensgrundlage der betroffenen Menschen in der Region nach einer Katastrophe wieder-

herzustellen. Die Erfahrungen und das Ausmaß der Katastrophe werden dabei berücksichtigt und durch Maßnahmen des Umfassenden Risikomanagements bereits in den Wiederaufbau integriert. Dies kann unter anderem dadurch geschehen, dass Risiken in die Landnutzungs- und Bebauungsplanung einfließen, damit z. B. Krankenhäuser oder Schulen nicht wieder in Hochrisikozonen aufgebaut werden. Bestehende Infrastrukturen können baulich verstärkt und Neuinvestitionen durch die Einführung und Anwendung von Baunormen geschützt werden.

→ KLIMASCHUTZ

Eine Einhaltung des in Paris beschlossenen Ziels, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C zu beschränken ist nur möglich, wenn die globalen CO₂ Emissionen lange vor 2030 zu sinken beginnen. Globale Treibhausgasemissionen müssen bereits bis 2030 mehr als halbiert werden und im Jahr 2050 netto null erreichen. Alle Industriesektoren und Lebensbereiche müssen einbezogen und schnelle sowie weitreichende Anstrengungen zur Dekarbonisierung angestrebt werden. Der Abbau von Subventionen für fossile Energieträger, Energieeffizienzmaßnahmen sowie die Entwicklung von Ausstiegszenarien aus den fossilen Energien inklusive dem Ausbau erneuerbarer Energieträger werden dabei wichtige Instrumente sein. Essentiell ist nicht nur die Dekarbonisierung von Energiesystemen: Ohne Emissionsreduzierung in Städten, Transport- und Mobilitätssystemen, der Bauwirtschaft und der Landwirtschaft kann wirksamer Klimaschutz nicht gelingen. Weiterhin gilt es, bedeutende Kohlenstoffsinken wie Weltmeere, Wälder und Moore zu erhalten, da sie einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. In Zukunft müssen diese Bereiche stärker bei Klimaschutzanstrengungen berücksichtigt werden.

Klimaschutz spielt als Element des Umfassenden Risikomanagements eine bedeutende Rolle, da der gewählte Entwicklungspfad und das Ausmaß globaler Emissionen einen erheblichen Einfluss auf das Entstehen von graduellen Veränderungen und Extremwetterereignissen haben. Durch Begrenzung des Temperaturanstiegs können klimabezogene Risiken für Gesundheit, Lebensunterhalt,

Ernährungssicherheit, Wasserversorgung, Sicherheit und Wirtschaftswachstum deutlich reduziert sowie ökologische und soziale Kippunkte vermieden werden.

→ KLIMAMOBILITÄT

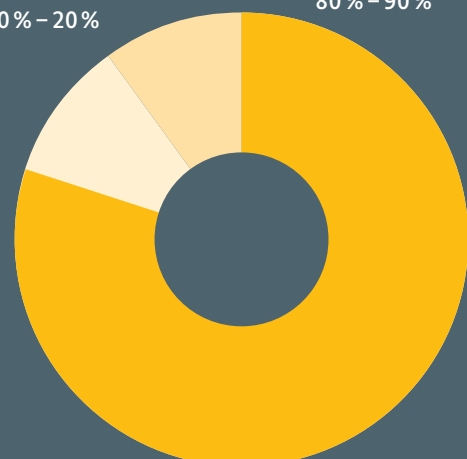
Die Folgen des Klimawandels können direkter und indirekter Treiber „menschlicher Mobilität“ (Migration, Vertreibung und geplante Umsiedlungen) sein. Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist es, besonders vulnerable Gruppen zu unterstützen – unabhängig davon, ob sie migrieren oder dies nicht können (*trapped populations*). Als Leitlinie für die Entwicklungszusammenarbeit gilt, den betroffenen Bevölkerungsgruppen freiwillige Migrationsentscheidungen zu ermöglichen. Dies kann bedeuten, ihnen vor Ort eine Bleibeperspektive zu eröffnen oder eine (zeitweise) Migration zu ermöglichen, um etwa die Einkommensbasis zu verbessern. Eine freiwillige und geplante Umsiedlung von Menschen wird nur in Einzelfällen unterstützt und durch partizipative Ansätze flankiert. Darüber hinaus müssen insbesondere vulnerable Gruppen vor den Auswirkungen des Klimawandels geschützt werden, um so die Zahl an Vertriebenen zu verringern. Die Lebensgrundlagen von Menschen, die in besonders klimasensiblen Sektoren arbeiten, wie z. B. Landwirtschaft, Fischerei oder im Forstbereich, bedürfen besonderer Aufmerksamkeit bei der Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen. Auch die Stärkung der Resilienz von Städten (als Anlaufpunkt für Binnenmigranten) ist von zentraler Bedeutung.



Das BMZ unterstützt Partnerländer beim Umgang mit Klimarisiken, von Emissionsreduktion über Anpassung und Katastrophenrisikomanagement bis hin zu Risikotransfer. 2009 haben die Industrieländer zugesagt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen für den Klimaschutz und die Anpassung von Entwicklungsländern an die Folgen des Klimawandels bereitzustellen. Das BMZ erbringt mit jährlich 80 % bis 90 % den Großteil der deutschen öffentlichen Klimafinanzierung mit der Entwicklungs- und Schwellenländer beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt werden. Bis zum Jahr 2020 will das BMZ die im Jahr 2015 zugesagte Verdopplung der Klimafinanzierung (von 2 auf 4 Milliarden Euro) erreichen. Bereits 2017 belief sich der deutsche Beitrag auf 3,65 Milliarden Euro. Der Anteil der BMZ Klimafinanzierung, der für Anpassung verausgabt wird, ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen und lag im Jahr 2017 bei mehr als 1,2 Milliarden Euro. Zudem leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag durch die Mobilisierung von privaten Kapitalmarktmitteln, die sich im Jahr 2017 auf rund 3 Milliarden Euro beliefen. Durch die deutsche Technische Zusammenarbeit wurden im Zeitraum von 2015 bis 2017 rund 13 Millionen Menschen direkt bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels unterstützt.

DAS BMZ ERBRINGT MIT JÄHRLICH 80 % – 90 % DEN GROSSTEIL DER DEUTSCHEN ÖFFENTLICHEN KLIMAFINANZIERUNG

10 % – 20 % 80 % – 90 %



Beispiele aus Partnerländern



Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt sich vor Ort zusammen mit ihren Partnern dafür ein, Katastrophen- und Klimarisiken zu reduzieren und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Dafür müssen je nach Kontext verschiedene Gefahrentypen berücksichtigt werden. Dementsprechend werden verschiedene Instrumente aus dem Portfolio des Umfassenden Risikomanagements herangezogen, um gemeinsam mit dem Partnerland den Umgang mit verschiedenen Risiken effektiv und nachhaltig zu gestalten.

PHILIPPINEN

HAUPTGEFAHREN:

Erdbeben, Hangrutschungen, Meeresspiegelanstieg, Stürme (Taifune), Tsunamis, Überschwemmungen (Fluss, Küste, Stadt), Vulkanausbrüche, Wasserknappheit und Waldbrände

INSTRUMENTE:

Risikoanalyse, Stärkung von Kapazitäten, Risiko-informierte Planung und Investition, Katastrophenschutz und Frühwarnsysteme, Risikotransfer, Soziale Sicherung, Klimamobilität



Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Philippinen wird von Naturkatastrophen stark negativ beeinflusst. Es ist daher unerlässlich, Katastrophen- und Klimarisiken in Planungsprozesse aller Sektoren und auf allen Ebenen konsequent und abgestimmt zu begegnen. Mehrere vom BMZ finanzierte Vorhaben unterstützen philippinische Regierungsorganisationen daher dabei, kohärente Planungs-, Implementierungs- und Berichterstattungsprozesse zu etablieren. So fördert die Globale Initiative Katastrophenrisikomanagement (GIKRM) die Harmonisierung von Methoden der Risikoanalyse, um eine gemeinsame Datengrundlage zu Katastrophen- und Klimarisiken zu schaffen und darauf aufbauend lokale Landnutzungs- und Entwicklungspläne zu entwickeln.

Das in Cebu entwickelte und erprobte Multi-Hazard Eignungsmodell (*Suitability Model*) unterstützt Lokalverwaltungen bei der Übersetzung von wissenschaftlichen Daten in ökonomische Kategorien, die unmittelbar und ohne spezielles Vorwissen von kommunalen Entscheidungsträgern in Landnutzungs- und Investitionsentscheidungen umgesetzt werden können.

Zudem setzt sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit für die Implementierung von lokalen Flutfrühwarnsystemen und den Ausbau von staatlich- und privatfinanzierten Klimarisikoversicherungen ein. Kleinste, kleine und mittelständische Unternehmen, sowie arme Bevölkerungsgruppen sollen in Zukunft Mikroversicherungen abschließen können, um ihre Existenzgrundlagen gegenüber Schäden abzusichern. Ein weiteres Vorhaben unterstützt die philippinische Regierung bei der Entwicklung im nachhaltigen Umgang mit klimabedingter Mobilität. Dazu werden Daten gesammelt und Studien erstellt, die helfen das Phänomen zunächst besser zu verstehen. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden lokale Entwicklungs- bzw. Klimawandelanpassungspläne weiterentwickelt. Gezielte Maßnahmen zur Stärkung von Kapazitäten auf nationaler und lokaler Ebene unterstützen Regierungsinstitutionen bei der Implementierung dieser Pläne. Naturkatastrophen spielen auch im Kontext interner Vertreibung aufgrund gewaltsamer Konflikte in Mindanao eine Rolle. So berät Deutschland die Regierungspartner bei der Berücksichtigung von Katastrophen- und Klimarisiken als zusätzlichen Stressfaktor in Vertreibungssituationen und bei der Aufnahme von präventiven Maßnahmen in die regionalen und lokalen Entwicklungs- und Katastrophenrisikomanagementpläne.

VIETNAM

HAUPTGEFAHREN:

Extreme Hitze, Hangrutschungen, Meeresspiegelanstieg, Stürme (Taifune), Überschwemmungen (Fluss, Küste, Stadt) und Wildfeuer

INSTRUMENTE:

Risikoanalyse, Katastrophenschutz und Frühwarnsysteme, Nachhaltiges Naturressourcenmanagement, Ausbau der erneuerbaren Energien



Das BMZ unterstützt mehrere mittelgroße vietnamesische Küstenstädte dabei, Risiken in Zusammenhang mit dem steigenden Meeresspiegel und zunehmenden Extremwetterereignissen zu reduzieren. Der Küstenschutz sowie die Wiederherstellung der Mangrovenwälder im Mekong-Delta stehen dabei im Fokus. Lokale Frühwarnsysteme gewährleisten eine rechtzeitige Evakuierung, basierend auf gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung erstellten Notfall- und Evakuierungsplänen. Die Bevölkerung im Oberlauf und im Delta des Mekong erhalten hierzu spezielle Schulungen. Die Förderung von Windkraft, als Alternative zur Nutzung von Kohle und Gas, trägt zudem zum Klimaschutz bei.

PAKISTAN

HAUPTGEFAHREN:

Extreme Hitze,
Hangrutschungen,
Stürme (Zyklone),
Überschwemmungen
(Fluss, Küste, Stadt),
Wasserknappheit und
Waldbrände

INSTRUMENTE:

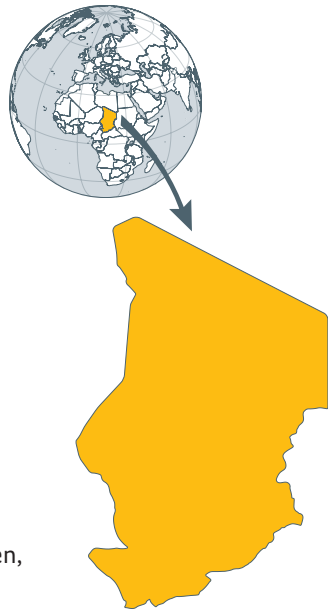
Stärkung von Kapazitäten, Risikoanalyse,
Risiko-informierte Planung und Investition,
Katastrophenschutz und Frühwarnsysteme



In Pakistan wird die Katastrophenschutzbehörde der Provinz Khyber Pakhtunkhwa von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beim Aufbau struktureller und technischer Kapazitäten für ein präventives Katastrophenrisikomanagementsystem unterstützt. Im Fokus des Vorhabens stehen die Erarbeitung von evidenzbasierten Gefahren- und Risikoanalysen, sowie die Entwicklung von Richtlinien zur Anwendung dieser Analysen. Neben infrastrukturellen Maßnahmen zur Risikoreduzierung soll die lokale Bevölkerung für die Hauptgefahren sensibilisiert und in entsprechenden partizipativen Maßnahmen zum Katastrophenrisikomanagement geschult werden. In Pakistan sind die Auswirkungen der Klimaveränderungen bereits spürbar. Die Verbesserung der Resilienz von Gemeinden bedeutet somit gleichzeitig einen Fortschritt im Bereich von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel.



TSCHAD



HAUPTGEFAHREN:

Extreme Hitze,
Überschwemmungen
(Fluss, Stadt),
Wasserknappheit und
Waldbrände,
Wüstenausbreitung

INSTRUMENTE:

Stärkung von Kapazitäten,
Risikanalyse, Risiko-
informierte Planung und
Investition, Nachhaltiges
Naturressourcenmanagement

Der Tschad ist dem Risiko von Dürren und Überschwemmungen ausgesetzt und infolgedessen von Ernährungsunsicherheit betroffen. Eine volatile Sicherheitslage, fragile Staatlichkeit und mangelnde Infrastruktur erschweren zudem die Verteilung und Nutzung knapper Ressourcen, was ein zusätzliches Konfliktpotenzial darstellt. Zur Stärkung der Resilienz ländlicher Bevölkerungsgruppen unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit u.a. den Aufbau lokaler Risikomanagementsysteme. Dies umfasst auch die Bildung und Unterstützung lokaler Gremien bei der Umsetzung risikoreduzierender Aktivitäten und Sensibilisierungsmaßnahmen sowie den effektiven Aufbau und Austausch von Informationen über den Klimawandel. Dies geschieht mittels eines dezentralen Engagements auf lokaler wie auch grenzüberschreitender Ebene durch Vorhaben mit der Tschadseebeckenkommission. Zudem wird durch die Förderung klimaangepasster Strategien und Anbaumethoden die Resilienz der lokalen Bevölkerung gezielt erhöht.

ÄTHIOPIEN



HAUPTGEFAHREN:

Extreme Hitze,
Dürre und
Überschwemmungen
(Fluss, Stadt)

INSTRUMENTE:

Stärkung von
Kapazitäten, Risiko-informierte
Planung und Investition,
Katastrophenschutz
und Frühwarnsysteme,
Nachhaltiges Naturressourcenmanagement

Auch Äthiopien ist stark von Dürren und Überschwemmungen betroffen. Diese führen regelmäßig zu wirtschaftlichen Schäden, Ernteausfällen und Migrationsbewegungen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Äthiopien dabei, widerstandsfähiger gegen Dürren zu werden, indem z. B. degradierte Wassereinzugsgebiete in trockenen Tieflandgebieten wieder nutzbar gemacht werden. Kapazitätsaufbau, z. B. zum Erhalt von Böden und Wasser, helfen der Bevölkerung und involvierten Institutionen dabei, sich auf Extremereignisse vorzubereiten. Äthiopien konnte mit deutscher Unterstützung die letzte Dürre vergleichsweise gut bewältigen, die seit 2015/2016 in Ost- und Südafrika für eine Ernährungskrise sorgt. Um Klimarisiken im Landwirtschaftssektor bestimmen zu können, erarbeitet das BMZ zusammen mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) eine Studie. Diese soll wissenschaftliche Unterstützung für Klimarisikoplanungen sowie zur Anpassung an den Klimawandel liefern.

MALAWI



HAUPTGEFAHREN:

Extreme Hitze,
Überschwemmungen (Fluss, Stadt),
Wasserknappheit

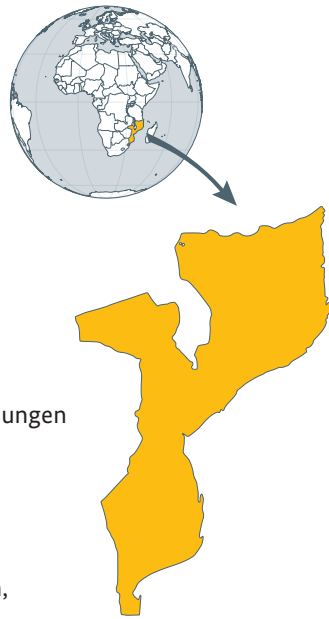
INSTRUMENTE:

Soziale Sicherung, Nachhaltiges
Naturressourcenmanagement,
Risiko-informierte Planung und
Investition, Stärkung von Kapazitäten

Malawi ist stark von Klimaschwankungen betroffen. Bereits saisonale Schwankungen können fatale Auswirkungen haben. So waren beispielsweise in Folge der durch das El Niño Phänomen 2015/16 ausgelösten Dürre etwa 40% der Bevölkerung auf Nothilfe angewiesen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Malawi dabei, Klimaanpassungs- bzw. Schutzmaßnahmen (z. B. Wassereinzugsgebietsmanagement und Aufforstung) mit der Stärkung von schocksensitiven Programmen (wie der Ausweitung von sozialen Sicherungsprogrammen) zu verbinden. In enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Finanzen und Entwicklungsplanung wird dabei ebenfalls das längerfristige Ziel der Armutsreduzierung verfolgt. So werden Management- und Koordinationsfähigkeit der Verwaltung gestärkt (Harmonisierung von Teilprogrammen unter der *National Social Support Policy*) und ein harmonisierter Finanzierungsmechanismus entwickelt, um eine schnelle und effektive Ausweitung von Zahlungen zu ermöglichen.



MOSAMBIK



HAUPTGEFAHREN:

Extreme Hitze, Stürme (Zyklone), Überschwemmungen (Fluss, Küste, Stadt) und Waldbrände

INSTRUMENTE:

Stärkung von Kapazitäten, Risikoanalyse, Katastrophenschutz und Frühwarnsysteme, Nachhaltiges Naturressourcenmanagement

Mosambik wird regelmäßig von Extremereignissen getroffen. In jüngerer Vergangenheit hat der Zyklon Idai großräumige Zerstörungen besonders in der östlichen Hafenstadt Beira angerichtet und mehrere Millionen Menschen getroffen. Mosambik hat eine äußerst niederschlagsabhängige Landwirtschaft und darüber hinaus verschärfen Konflikte die Anfälligkeit gegenüber wetterbedingten Risiken. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hilft den Menschen im Wassereinzugsgebiet des Rio Buzi beim Aufbau von institutionellen Kapazitäten für den Katastrophenschutz, begleitet Anpassungsmaßnahmen und unterstützt die regionale Wasserbehörde bei der Konsolidierung eines umfassenden Katastrophenfrühwarnsystems. Im Fokus stehen unter anderem der Aufbau und Betrieb eines automatischen Messnetzes, die Verbesserung des meteorologischen Datenaustausches und die Einführung angepasster Kommunikationsmechanismen, um die frühzeitige Warnung vor Extremereignissen sicherzustellen. Des Weiteren unterstützt das BMZ in Zusammenarbeit mit der Weltbank und der *Global Risk Financing Facility* Risikotransfermechanismen zugunsten besonders vulnerabler Menschen. Das Programm zielt auf die Stärkung des staatlichen Katastrophenrisikomanagements ab, um im Katastrophenfall schneller reagieren zu können und die Resilienz betroffener Kommunen, Haushalte und Infrastrukturen zu erhöhen.



MEXIKO



HAUPTGEFAHREN:

Erdbeben, extreme Hitze, Hangrutschungen, Stürme (Zyklone), Tsunamis, Überschwemmungen (Fluss, Küste, Stadt), Vulkanausbrüche, Wasserknappheit und Waldbrände

INSTRUMENTE:

Stärkung von Kapazitäten, Risikoanalyse, Risiko-informierte Planung und Investition



In Mexiko wird das Präsidialamt dabei unterstützt, die Ziele des Sendai Rahmenwerks in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu integrieren. Darüber hinaus hilft die Globale Initiative Katastrophenrisikomanagement (GIKRM) dem Finanzministerium dabei, Katastrophenrisiken und Klimaanpassungsbedarfe in seinen internen Verfahren zur Vorbereitung und Bewertung öffentlicher Investitionsprojekte systematischer zu berücksichtigen. Im Fokus stehen einerseits Methoden und Prozesse für die Auswahl von Infrastrukturprojekten, die aufgrund ihres Risikoprofils eine eingehende Katastrophenrisikoanalyse erfordern. Andererseits geht es um die Frage,

wie Maßnahmen zur Risikoreduzierung und Anpassung an den Klimawandel in den ausgewählten Investitionsprojekten gefördert werden können. Die mexikanische Verkehrsinfrastruktur, insbesondere Straßen, sind von Katastrophenrisiken am stärksten betroffen. Deshalb wird die Verwaltung unterstützt, bereits bei der Planung von Investition die Eintrittswahrscheinlichkeit von Naturereignissen und die dabei entstehenden potenziellen Kosten zu bestimmen und in die ökonomische Bewertung des jeweiligen Projekts zu integrieren. Auf diese Weise lässt sich die Resilienz der gesamten Straßeninfrastruktur langfristig erhöhen.

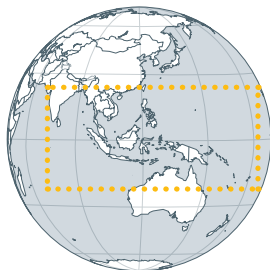




PAZIFIK

HAUPTGEFAHREN:

Erdbeben, Hangrutschungen, Meeresspiegelanstieg, Stürme (Zyklone), Tsunamis, Überschwemmungen (Fluss, Küste, Stadt) und Vulkanausbrüche



INSTRUMENTE:

Risikoanalyse, Risiko-informierte Planung und Investition, Nachhaltiges Naturressourcenmanagement, Ausbau der erneuerbaren Energien

Die Regierungen der pazifischen Inselstaaten werden von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer nationalen Klimabeiträge (NDCs) unter dem Pariser Abkommen unterstützt. Ferner werden die Staaten dabei beraten, Politiken und Strategien für Anpassungsmaßnahmen zu entwickeln, welche die wichtigsten Wirtschaftsbereiche auf die zu erwartenden Klimaereignisse vorbereiten. Der Fokus liegt auf den vom Klimawandel besonders betrof-

fenen Sektoren Landwirtschaft, Tourismus, Fischerei, Wasser und Gesundheit. Im Fokus stehen zurzeit Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität, Wiederaufforstungsprogramme und Landnutzungsplanung, die Entwicklung einheimischer Versicherungsprodukte zur Absicherung gegen Klimarisiken oder die Förderung von erneuerbaren Energien. Die Entwicklung des ersten regionalen Rahmenwerks zur resilienten Entwicklung im Pazifik verbindet Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel mit Katastrophenrisikomanagement. Das Rahmenwerk soll nationalen und lokalen Entscheidungsträgern, dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft und Regionalorganisationen als strategische Anleitung für die Planung und Implementierung von integrierten Ansätzen im Umgang mit Klimarisiken dienen. Dies ermöglicht eine effizientere Nutzung von Ressourcen und von Synergieeffekten. Es werden zukunftsorientierte Ansätze zur klimawandelbedingten Migration pilotiert, um Umsiedlung transparent, partizipativ und bedarfsorientiert umzusetzen. Trainingskurse für Methoden und Konzepte zur Bewertung von Klimarisiken und zum Umfassenden Klimarisikomanagement werden umgesetzt. Auf diese Weise wird das Bewusstsein der pazifischen Partner gestärkt, um zukünftig Anpassungsmaßnahmen in Eigenregie umzusetzen.





HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),
Referat 223 Frieden und Sicherheit,
Katastrophenrisikomanagement;
Referat 420 Klimapolitik

REDAKTION

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sektorprogramm Frieden und Sicherheit,
Katastrophenrisikomanagement;
Globalvorhaben Risikobewertung und -management
zur Anpassung an den Klimawandel;
Globale Initiative Katastrophenrisikomanagement
Sektorvorhaben Klima

GESTALTUNG

W4 Büro für Gestaltung

FOTOS

Titel, S. 8 und S. 27: © Horst Vogel / GIZ
S. 3: © Robert Heine / GIZ
S. 4 und S. 18: © GIZ
S. 6: © Australian Department of Foreign Affairs and Trade
S. 11 und S. 22: © Thomas Trutschel / photothek.net
S. 13: © Gunter Zietlow / GIZ
S. 15: © RIICE
S. 16: © Attribution 2.0 Generic (CC BY 2.0)
S. 20: © Florian Kopp / GIZ
S. 23: © Thomas Imo / photothek.net
S. 24: © Leonardo Milano / ICMBio
S. 25: © Mechthild Kronen / GIZ

GRAFIKEN

Infografiken S. 9 und S. 10: © GIZ
Globen: © TUBS / Creative-Commons-Lizenz
Landkarten: © GIZ

STAND

Mai 2019

DIENSTSITZE

→ BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0
Fax +49 (0) 228 99 535 - 3500
→ BMZ Berlin im Europahaus
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0
Fax +49 (0) 30 18 535 - 2501

KONTAKT

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

Hotline Mitmachzentrale
0800 188 7 188 (Mo.–Fr. 8–20 Uhr, kostenfrei)

Die vom BMZ unentgeltlich herausgegebenen Broschüren sind nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie dürfen weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Das gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament. Mißbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.